

Manfred Stache

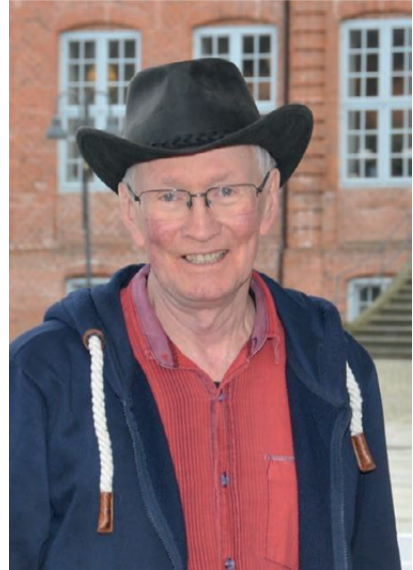
Ihr Direktkandidat für die Kommunalwahl am 14. Mai

Wahlkreis 12

Zu meiner Person

In Pinneberg geboren (Jahrgang 1952) habe ich noch nie außerhalb Pinnebergs gewohnt.

Die Ursachen dafür könnten sein: Bodenständigkeit, Konservatismus, Lokalpatriotismus und



Liebe zu Pinneberg, aber auch genauso gut fehlender Mut und fehlende Risikobereitschaft. Ich werde hier nichts darüber verraten. Nur so viel: Ich habe immer noch kein Bedürfnis, diese Stadt zu verlassen.

Mit 71 Jahren bin ich inzwischen im Ruhestand. Gearbeitet habe ich mit Leidenschaft als Lehrer für Physik und Chemie an Gymnasien.

Meine Entspannung in der Freizeit suche ich vor allem im Kleingarten. In der Anlage Hasenmoor bin ich seit einigen Jahren Gemeinschaftsleiter und zusammen mit meiner Lebensgefährtin mache ich die Fachberatung Kleingärten für den Kreis Pinneberg. Idee ist dabei, immer mehr Gartenfreundinnen und Gartenfreunden Spaß am naturnahen Gärtnern zu vermitteln.

Mein politischer Werdegang

Ich bin seit 15 Jahren Mitglied der Pinneberger Ratsversammlung, habe im Prinzip in allen Ausschüssen mitgewirkt. Aber schon im letzten Jahrhundert habe ich mich z. B. für das Brahmshaus in der Bahnhofstraße und für den Erhalt der Remise eingesetzt. Später war ich dann mit dabei, Wohnbebauung rund um den Freibadsee zu verhindern (dort gibt es jetzt die Wasserski-Arena), und als es darum ging, etwas gegen 650 geplante Wohneinheiten in der Parkstadt Eggerstedt zu tun. Das alles lief auch im Rahmen der Lokalen Agenda 21 in Pinneberg, an deren Entstehung ich beteiligt war. Als ein Beispiel für die Erfolge dieser Bewegung können vier Bürgersolaranlagen genannt werden. Als sie verwirklicht wurden, gab es in Politik, Verwaltung und bei den Stadtwerken noch eine große Skepsis gegen diese Technologie. Aus der Agenda-Bewegung entwickelte sich 2008 die gemeinsame Kandidatur mit der Grün-Alternative Liste (GAL).

Meine erste Fraktion hieß GAL & Unabhängige, die später in Grüne & Unabhängige umbenannt wurde. Ende letzten Jahres verließen mehrere Mitglieder die Fraktion Grüne & Unabhängige und bildeten die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie wollten u. a. eine größere Nähe zur grünen Partei. Die in der Fraktion Verbliebenen (darunter auch mehrere Mitglieder der grünen Partei) gründeten schließlich die Wählergemeinschaft Buntes Pinneberg. Ich selbst bin kein Mitglied der Grünen.

Kontakt: ma.stache@t-online.de

Meine politischen Schwerpunkte

Die Bedeutung der Kommunalpolitik am Beispiel Wohnungsbau

Viele unterschätzen die Bedeutung der Kommunalpolitik. Ein Beispiel soll das erläutern. Es gibt einen Beschluss von Grünen, SPD und FDP auf Bundesebene: 400.000 neue Wohneinheiten pro Jahr. Für Schleswig-Holstein haben CDU und Grüne 15.000 Wohneinheiten pro Jahr beschlossen, was mit dem Bundesziel übereinstimmt. Man sieht: Alle relevanten Parteien unterscheiden sich in dieser Frage wenn überhaupt minimal. Auf Pinneberg runtergerechnet bedeutet das den Bau von mehr als 200 Wohneinheiten pro Jahr. Einzig Buntes Pinneberg und vorher Grüne & Unabhängige haben immer vor diesem Ziel gewarnt, weil die soziale Infrastruktur dafür fehlt. Gelder für neue Räume an den Schulen, die wir aufgrund des enormen Bevölkerungswachstums benötigen, werden vom Land nicht genehmigt. Viele Schülerinnen und Schüler leiden bereits jetzt unter der Raumnot.

Sozial geförderter Wohnraum

In der Parkstadt Eggerstedt wurde ausschließlich „hochwertiger Wohnraum“ geschaffen. Im ILO-Park entstehen gerade mal 20 % sozialer Wohnraum. Bei den meisten Projekten im Innenbereich der Stadt liegt der Anteil von gefördertem Wohnraum noch niedriger. Buntes Pinneberg wird sich wie auch schon Grüne & Unabhängige für mehr sozialen Wohnungsbau einsetzen. 30 % bei Neubauten sind nach den Fehlern der Vergangenheit längst nicht mehr genug. In anderen Städten liegt die Quote längst höher. CDU und SPD müssten dazu allerdings ihre Blockadepolitik aufgeben. Ein gutes Wahlergebnis für Buntes Pinneberg wäre ein Mittel, das zu erreichen.

Die Verkehrswende

Es wird die Verkehrswende geben. Mehr Menschen werden das Rad für tägliche Besorgungen in Pinneberg nutzen, egal wie sich Politik und Verwaltung dagegen jetzt noch sperren. Allen sollte klar sein, dass die bestehenden Radwege diesen Radverkehr in Pinneberg nicht aufnehmen können. Sie sind zu schmal und sie können auch nur vereinzelt verbreitert werden, weil Pinneberg einst für den Autoverkehr konzipiert wurde. Deshalb fordert Buntes Pinneberg, Radverkehr in den Velorouten auf den Fahrbahnen zu stärken. Es wurden 16 Fahrradstraßen für Pinneberg geplant. Dieser Plan scheitert aktuell an dem Boykott von CDU und SPD. In der Hoffnung auf andere Mehrheitsverhältnisse in der Pinneberger Ratsversammlung: Buntes Pinneberg wählen!

Die finanzielle Lage Pinnebergs

Die finanzielle Lage Pinnebergs ist nicht so bedrückend, wie es noch vor Jahren befürchtet wurde. Das liegt einerseits daran, dass die Stadt u. a. wegen personeller Engpässe nur in geringem Maße das umgesetzt hat, was finanziell genehmigt wurde. Zusätzlich legt uns das Land trotzdem immer noch Daumenschrauben an. Dabei sollte es auch in Kiel bekannt sein, dass eine so schnell wachsende Stadt wie Pinneberg mit den finanziellen Mitteln aus Einkommen- und Gewerbesteuer die vor uns liegenden Gesetzesvorgaben vor allem im schulischen Bereich nicht bewältigen kann. Wie in der Vergangenheit Grüne & Unabhängige setzt sich jetzt Buntes Pinneberg dafür ein, vom Land mehr finanzielle Mittel für den Abbau des Sanierungsstaus und den Neubau von sozialer Infrastruktur zu bekommen. Wir werden uns auch dagegen wehren, dass uns die finanzielle Unterstützung der Schulen bei der Mittagsverpflegung als sogenannte „freiwillige Leistung“ vom Land verwehrt wird. Eine klare Position aller Pinneberger Fraktionen und der Verwaltung wäre hier angebracht. Bisher spielen da die anderen Fraktionen leider noch nicht mit.

Bürgerbeteiligung, die den Namen verdient

Buntes Pinneberg geht nicht mit einer bereits in der Fraktion abgestimmten Meinung an die Öffentlichkeit, sondern tritt vorher mit Vereinen, Verbänden und einzelnen Bürgerinnen und Bürgern in Kontakt. Einen Fraktionszwang kennen wir nicht.

